

An die GRÜNE LANDTAGSFRAKTION Hessen

An den GRÜNEN LANDESVORSTAND Hessen

Cc: Hessische Kreisverbände und Kreistagsfraktionen

Wir protestieren gegen die Unterstützung einer Initiative der Hessischen Landesregierung zur Einführung des Schutzparagraphen 112 StGB, die von Hessen im Bundesrat eingebracht werden soll. Durch die Einführung dieses Paragraphen besteht die Gefahr einer Beschneidung des in Art. 8 Abs. 1 GG geregelten Demonstrationsrechts.

Vorweg –keiner der Unterzeichner rechtfertigt die massiven Ausschreitungen von Demonstranten bei der EZB-Einweihung-, diese haben auch den Zielen von Blockupy geschadet. Wenn als Konsequenz dieser Ausschreitungen und der jahrelangen Lobbyarbeit der Polizei aber folgt, das Strafgesetzbuch um einen neuen „Schutzparagraphen 112“ erweitern zu wollen, müssen bei einer Bürgerrechtspartei die Alarmglocken losgehen. Da bereits im Koalitionsvertrag die Bundesratsinitiative angekündigt wurde, können die Blockupy Ausschreitungen nur als vorgeschobene Rechtfertigung für die Initiative gesehen werden.

Dieser „Schutzparagraph“ schafft eine Strafandrohung für tätliche Angriffe auf Beamte des Polizeidienstes sowie Helfer von Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdienste mit dem Strafmaß einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren. In besonders schweren Fällen können bis zu zehn Jahre Haft verhängt werden. Der Tatbestand ist dabei so unscharf definiert, dass er staatlicher Willkür in Zukunft jederlei Raum lässt.

Gerade Mitglieder unserer Partei, die in der Antiatom- und Friedensbewegung, im Wendland, an der Startbahn-West, in der Bürgerrechtsbewegung gekämpft haben, wissen noch sehr gut, wie der Staat versucht hat, sich gewaltsam gegen Bürger durchzusetzen. Es hat in der Vergangenheit auch jede Menge Übergriffe auf Demonstranten gegeben. Die Auswirkungen der gesetzlichen Neuregelung zeigen eine Tendenz zur Kriminalisierung der Zivilgesellschaft und der Privilegierung des Staates.

Wenn Jürgen Frömmrich als GRÜNER Innenpolitischer Sprecher meint, es sei an der Zeit zu betonen, dass es schändlich sei, wenn Polizeibeamte angegriffen und beleidigt werden, und dass sie ein Recht darauf hätten, von der Gesellschaft geschützt zu werden, wenn er in seiner Rede im Landtag eine Rhetorik entfaltet, die am Ende betont: „...der Rechtsstaat nimmt das nicht hin“, glaubt man in der falschen Partei zu sein. Oder ist die Schwarz-Grüne Koalition ein Katalysator für einen dicken Rechtsruck in der Landtagsfraktion? Wir können nicht nachvollziehen, wie insbesondere der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Jürgen Frömmrich sich an den üblichen Symbolismus der CDU-LAW AND ORDER-Fraktion dranhängt.

Auffällig ist, dass es letztendlich im Verlauf der EZB Demo diesen Jahres gerade **26** vorläufig Festgenommene gab, von denen wiederum laut Presse 25 Personen bekannter Identität waren. *Bisher kam es exakt zu einer Anklage!!*

Selbstredend reicht die gegebene Gesetzeslage vollauf, um die Interessen von Polizei und Hilfskräften zu schützen. Noch mehr ist es ein Trauerspiel, dass die FDP-Fraktion im hessischen Landtag kritisieren kann, dass das von der Landesregierung vorgesehene Strafmaß unverhältnismäßig ist: „Egal was es für eine Tat war, es gibt eine Mindestfreiheitsstrafe von sechs Monaten Gefängnis und keine Alternative wie eine Geldstrafe“, sagte Wolfgang Greilich.

Auch Grüne im Bundestag halten wenig von dem Vorstoß aus Hessen „Der sogenannte Schutzparagraph schützt keinen einzigen Beamten vor einem Angriff und ist somit eine reine Schaufenstermaßnahme“, sagte die Ex-Polizistin und grüne Innenexpertin Irene Mihalic gegenüber der taz. Die grüne Bundestagsfraktion sehe daher „keinen Regelungsbedarf“. Stattdessen müsse man sich „die Einsatzbedingungen genau anschauen und bewerten, ob Ausstattung und Personalstärke vor Ort jeweils angemessen sind“.

Wir fordern Euch auf, die Grüne Beteiligung an dieser unsäglichen Initiative nicht länger zu rechtfertigen und euch von dieser Initiative zu distanzieren und Jürgen Frömmrich, der hier verantwortlich zeichnet, sofort von seiner Position als innenpolitischer Sprecher abzulösen!

Beschlossen durch den Kreisvorstand Limburg-Weilburg
Beschlossen durch die Grüne Kreistagsfraktion Limburg-Weilburg